

Rede zum Flashmob, Samstag, den 29. Juli, Konstanz

Guten Tag, meine Damen und Herren. Guten Tag, treten Sie ruhig näher, kommen Sie her. Ja, dort wird eine Mauer gebaut, wie es den Anschein hat ...

Gibt das jetzt ein Theaterstück, ein Kabarett womöglich? Oder ist es doch eher ein Flashmob, vielleicht es ja auch eine unangemeldete Demonstration? Man kann es noch nicht sagen. Wie soll man das auch heutzutage unterscheiden? Wer weiß denn schon, was Politik ist und was Kabarett? Serdar Somuncu, der Kanzlerkandidat der Partei „Die Partei“, hat in der „Tageszeitung“ auf die Frage, ob seine Partei – Die Partei – nicht auch Verantwortung trage, gesagt: „Solange Politik die schlechtere Satire macht, keinesfalls. Was Trump twittert, könnte sich kein Comedy-Autor ausdenken.“

Machen also Politiker nur Satire? Leider nein, muss man da sagen. Politiker machen nicht nur Satire – sie machen auch real existierende Politik, sie bauen beispielsweise Mauern. Der vorhin erwähnte Präsident möchte beispielsweise eine Mauer bauen. Der ungarische Präsident Victor Orban hat sogar schon zwei Mauern gebaut. Natürlich gibt es auch Politiker, die gegen Mauern sind. [...]

Frau Merkel zum Beispiel, die 2015 – vorübergehend – Flüchtlinge ins Land gelassen hat (wofür wir dankbar sind). [...] Sie ist übrigens nicht nur gegen etwas, sondern auch für etwas. Vor dem G20-Gipfel hat sie gesagt, sie werde sich gegen Klimawandel und für Freihandel stark machen. Und alle Reporter, auch die linksliberalen, und ein Teil der Linken, hat das wiederholt: Gegen Klimawandel und für Freihandel.

In einem Atemzug. Ja so einfach ist die Welt geworden. [...] Wie kompliziert war sie doch noch vor anderthalb Jahren, als bald 300.000 Menschen in Berlin gegen ein Freihandelsabkommen auf die Straße gingen – es war eine der größten Demonstrationen in der Bundesrepublik seit dem Nato-Nachrüstungsbeschluss in den 80er Jahren.

Sie demonstrierten gegen Freihandelsabkommen! Was für eine komplizierte Materie. Und sie hatten sich tatsächlich mit den Details dieser Abkommens beschäftigt – in erster Linie ging es damals um TTIP und CETA, weniger um das geplante Dienstleistungsabkommen TiSA. Sie hatten sich zum Beispiel mit der Investorenschutzklausel auseinander gesetzt. Sie hatten nicht nur bemerkt, dass das alles geheim verhandelt wird, sie hatten auch festgestellt, dass Investoren die Möglichkeit eingeräumt wird, Staaten zu verklagen. Wegen Enteignung. Na und, mögen sich viele gedacht haben: „das ist doch normal. Wer will sich schon enteignen lassen?“

Die Demonstranten hatten aber bemerkt, dass der Enteignungsbegriff ausgeweitet worden war, dass darunter nun *entgangene Profiterwartung* zu verstehen ist. Sie hatten noch lebhaft in Erinnerung, wie die Landesregierung in Hamburg unter

Beteiligung der Grünen eine bereits gültige Umweltverordnung wieder abschaffte, weil das Energieunternehmen Vattenfall eine Millionenklage angedroht hatte. Es ging um das Kohlekraftwerk Moorburg, das Vattenfall in Betrieb nehmen wollte. Dabei wurde klar, dass solche Klagen – sollte es zu TTIP, CETA oder das geplante japanisch-europäische Abkommen JEFTA kommen – die Politik in weit größerem Stil prägen werden, dass es nicht nur um die Klagen und deren Ausgang geht, sondern um den vorausseilenden Gehorsam der Politik, angesichts drohender Klagen.

Wie kompliziert war die Welt doch damals noch! Und wie einfach ist sie heute!

Gegen Klimawandel und für Freihandel. Auf einmal ist das kein Widerspruch mehr. Nun gut, könnte man sagen, dank unseres populistischen Poltergeistes Donald Trump kommt ja jetzt TTIP gar nicht. Und CETA ist längst durch.

Beides stimmt nicht. Es gehört zu Trumps Politik, viel Wirbel um sein ungebührliches Benehmen zu veranstalten, um am Ende unauffällig Interessenpolitik durchzusetzen. Es war von Anfang zu vermuten, und jetzt ist es auch bekannt. Weil TTIP im Interesse der US-Wirtschaft liegt, wird es auch unter Trump kommen. Und der hat seine Verhandlungsposition verbessert. Alle werden jetzt dankbar sein, dass die USA überhaupt mitmachen. Und werden bereit sein, dafür Positionen oder Mindeststandards, die man bei den CETA Verhandlungen gesetzt haben will (wie es in der SPD heißt), wieder aufzugeben. Die hat man ja jetzt schon unterboten, wie JEFTA zeigt.

Und dann ist da noch das Dienstleistungsabkommen TiSA, das kaum in den Medien auftaucht. Was soll das auch sein? TiSA sieht die Privatisierung vieler Dienstleistungen vor, die bisher in öffentlicher Hand sind. Werden wir künftig unsere Kinder auf eine Google-Schule schicken – oder doch lieber auf die Facebook-Schule? Wir haben uns schon daran gewöhnt, dass es in deutschen Universitäten zum Beispiel Bayer-Hörsäle gibt (benannt nach dem Chemiekonzern). Das hätten wir vor 20 Jahren noch für undenkbar gehalten.

Gesundheit ist auch so eine Dienstleistung. Wir wissen inzwischen, was private Krankenhäuser bedeuten. Wie wird das erst, wenn Entscheidungen von lokalen, demokratisch gewählten Gremien von internationalen Gesundheitskonzernen wegen Wettbewerbsverzerrung oder Protektionismus oder Bevorzugung lokaler Akteure vor ein Schiedsgericht gezerrt werden können? Welcher Gemeinderat hat dann das Rückgrat, Millionenklagen zu riskieren? Schließlich gehört ja zu den Aufgaben eines Gemeinderats, die Stadt vor solchen finanziellen Risiken zu bewahren ...

Ich könnte das hier noch lange fortführen, aber dann wird es vielleicht doch etwas zu langatmig.

Informieren Sie sich durch unsere Infoblätter oder auf unserer Website:

www.konstanz-gegen-ttip.de